Antifaschistische Aktion

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Wehrt euch und kämpft!
Rebellion ist gerechtfertigt!

Monatliches revolutionäres Infoblatt / Österreich

Juni 2018 • No 47 • 0.8€



ArbeiterInnen aller Länder, vereingt euch!

KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:
red.afa@gmx.at

VERKAUF

*Die **Antifaschistische Aktion** kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:*

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing.
Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical bookstore vienna
Preysinggasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

Buchhandlung Liber Wiederin
Elerstraße 6
6020 Innsbruck

LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Café Derwish
Lerchenfelder Gürtel 29
1160 Wien

Kulturverein w23
Wipplingerstrasse 23
1010 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die *Antifaschistische Aktion* 11 Mal im Jahr per Post direkt nach Hause zu bekommen!

Kosten: 20 Euro
Bestellung an:
red.afa@gmx.at

Die *Antifaschistische Aktion* erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

"Alles für die Revolution! Alles für die revolutionäre Partei!"

...unter dieser Losung gingen am diesjährigen 1. Mai Revolutionäre und Aktivisten auf die Straße. Es wurden Transparente mit den Köpfen der "12 Helden" des Zentralkomitees der KPÖ getragen, jene, die unter den schweren Bedingungen des Nazifaschimus die Verantwortung aufnahmen, die KPÖ zu reorganisieren. Bei einem darauffolgenden Treffen von Aktivisten ist folgendes Gedicht entstanden, welches wir dankend für die Zusendung hier gerne veröffentlichen:

Gedicht zu den 12 Helden des ZKs

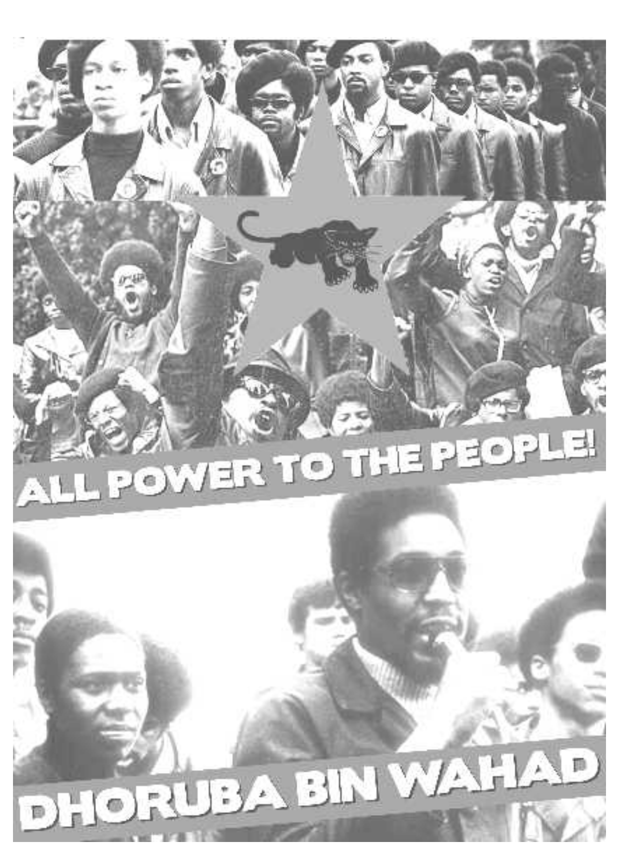
Wer ist ein Vorbild, wer ist ein Held?
Wir erkämpfen die Macht, verteufeln das Geld.

Aufrecht im Geiste, kraftvoll die Taten.
Wie einst die Helden, tritt aus dem Schatten.

Mensch reih dich ein, gemeinsam voran
wie einst die Helden, sei Vorbild fortan!

Miriam R.

All Power to the People! Veranstaltung mit dem ehemaligen Black Panther Dhoruba bin Wahad.



Dhoruba bin Wahad war ein ehemaliges führendes Mitglied der Black Panther Party, die für die Befreiung der Schwarzen in den USA kämpfte. Die Black Panther Party und die damals Hunderttausende umfassende Massenbewegung der unterdrückten schwarzen Bevölkerung wurde vom FBI als „größtes Risiko der inneren Sicherheit" bewertet und mit aller Härte bekämpft. Dutzende ermordete Aktivisten und hunderte Gefangene musste die schwarze Bewegung in Kauf nehmen, doch ihre Ziele und ihr Kampfgeist hallt bis heute nach. Auch Dhoruba wurde wegen seiner politischen Aktivität für 19 Jahre vom rassistischen US-Staat ins Gefängnis gesteckt. Ungebrochen setzte er jedoch den Kampf danach fort und ist bis heute ein Aktivist und Kämpfer gegen rassistische und imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung.

Nicht oft gibt es die Gelegenheit in Österreich mit einem ehemaligen Black Panther zu diskutieren. Deshalb wollen wir als Redaktion der Antifaschistischen Aktion – Infoblatt dazu einladen, diese Gelegenheit nicht verstreichen zu lassen und an der Veranstaltung teilzunehmen!

Freitag 22. Juni 2018 | 18:30-21:00 | Afripoint (Hofmühlgasse 2, 1060 Wien)
Kooperationsveranstaltung vom Verein Dar al Janub mit der Antifaschistischen Aktion – Infoblatt

www.afainfoblatt.com



AntifaschistInnen im ländlichen Gebiet in Österreich zeigten ihre Solidarität mit David und schlossen sich der Forderung: "Pravda za Davida!" - "Gerechtigkeit für David!" an. Näheres zu David findet ihr auf unserer Homepage: **afainfoblatt.com**

Jagd auf G20-Gegner territorial erweitert



Am 13. April schickten die Hamburger Kiwara eine Fahndungsliste an ausgewählte europäische Staaten „mit der Bitte um Identifizierung“. Zu den Staaten gehören unter anderem Italien, Spanien, Frankreich, Schweiz und Österreich. Die Suche nach den „G20-Rebellen“ wird geleitet von der „SOKO Schwarzer Block“ mit Hilfe der internationalen Behörden. Neben Verhaftungen gab es im vergangenen Monat zahlreiche Hausdurchsuchungen.

Die Hausdurchsuchungen starteten Ende Mai, immer im Beisein von „SOKO Schwarzer Block“-Beamten, in Italien, Frankreich, Spanien und der Schweiz. In der Schweiz wurden während der Razzia allen Anwesenden Augenbinden und Handschellen angelegt.
Der Fokus der bisherigen Razzien wurde großteils auf linke Zentren und besetzte Häuser gelegt.
Die Hamburger Kiwara versuchen mit allen Mitteln ihre Kriminalisierung von linken Aktivisten hochzuhalten und ihre Angriffe gegen die G20-Gegner mit dieser internationalen Maßnahme zu legitimieren. Der Präsident dieser Drecksbande möchte klarlegen, dass es nicht um den jeweils einzelnen „Tatverdächtigen“ gehe, sondern deutlich machen, dass das Rechtssystem „weit über Deutschland hinausreiche“.
Die Hamburger Kiwarei hat mit Mitte Mai eine erneute Öffentlichkeitsfahndung gestartet. Es wurden über 100 Fotos von „Tatverdächtigen“ im Internet veröffentlicht.

Eine höchst umstrittene Handhabung, jedoch mit klar faschistischer Linie. Denn die Bevölkerung wird gezielt dazu aufgerufen Menschen zu denunzieren. Die Betroffenen werden von vornherein als StraftäterInnen abgestempelt, ohne dass ein stichhaltiger Beweis vorliegt. Ein weiterer Einschnitt in die Grundrechte der Bevölkerung beispielsweise des Persönlichkeitsrechtes oder des Rechts auf ein faires Verfahren.
Die Hamburger Kiwara, allen voran deren Präsident Meyer, scheuen nicht davor zurück mit allen Mitteln die Aktivsten der G20-Proteste zu kriminalisieren und ihre faschistischen Maßnahmen zu legitimieren. Das ist mehr als eine gefährliche Tendenz und ein klarer Aufruf an alle Antifaschisten ihre Einheit entschieden zu festigen!

Sara H.

Störaktion gegen Identitäre in Salzburg

Am 2. Juni hielt die faschistische "Identitäre Bewegung" einen Infotisch in der Salzburger Innentstadt ab. Zahlreiche AntifaschistInnen versammelten sich davor, stellten sich mit Regenschirmen vor den Infostand und verdeckten somit die Sicht darauf. Es flogen Eier und Joghurtbecher in Richtung der Faschisten. Eine gelungene Störaktion!

EU Außenlager für Flüchtlinge

Die schwarz/blaue Regierung möchte gemeinsam mit Dänemark Flüchtlingslager zur „Vorbeugung von Schlepperbanden“ und zum „inneren Schutz“ errichten. Die Route über den Balkan soll in Albanien enden. Dort möchte man die Grenzen verstärkt durch Polizei kontrollieren und das Lager errichten. Kurz äußerte sich in einem Post, dass die „Achse der Willigen“ zwischen Berlin-Wien-Rom gegen die illegale Migration ankämpfen muss. Die ist eine zynische Anspielung auf die drei Achsenmächte Deutschland, Österreich und Italien im Zweiten Weltkrieg. Der Plan dieser Außenlager verdeutlicht den faschistischen Charakter der imperialistischen Außenpolitik!

KOMMENTAR

Ich gehe in Linz in die Unterstufe eines Gymnasiums. Vor Kurzem haben ich und ein paar andere Leute das Kreuz, dass bei uns in der Klasse hängt, umgedreht. Der Lehrer der als nächsten gekommen ist, hat sich sofort aufgeregt und uns zum Direktor geschickt. Jetzt haben wir alle einen Disziplinareintrag am Hals!
Für muslimische Mädchen ist es jetzt verboten ein Kopftuch zu tragen, weil Religion angeblich in der Schule keinen Platz haben soll. Da zeigt sich gut, dass es dabei hauptsächlich um Rassismus und die Diskriminierung von Muslime geht!

M., Aktivistin von „Stahlstadt gegen Faschismus“

Nieder mit der EU!
Heraus gegen den Gipfel der Ausbeuter und Kriegstreiber!

Vom 11. bis zum 13. Juli treffen sich in Innsbruck die Ausbeuter und Kriegstreiber der EU zum „Sicherheitsgipfel". Es wird das erste Treffen unter dem EU-Ratsvorsitz Österreichs sein, weshalb es ein besonders wichtiger Gipfel für die Herrschenden Österreichs – sowie für alle AntifaschistInnen und GegnerInnen von Kapitalismus und Imperialismus sein wird!
Die Hauptthemen am Gipfel sind die Bereiche Außengrenzschutz, irreguläre Migration und Sicherheit. Das Treffen soll der Beginn sein auf dem Weg zu einer "bürgernahen, krisenfesten und zukunftsfähigen Sicherheitsunion", sprich Sicherheit fürs Kapital - Armut, Elend und imperialistischer Krieg für die ArbeiterInnen und Volksmassen!

Der österreichische Imperialismus ist dabei kein armer Mitläufer, der sich dem sogenannten „EU-Diktat" unterwerfen müsse. Im Gegenteil die Herrschenden in Österreich profitieren von dieser Allianz in welchem sie sich auch zunehmend eigenständig positionieren. In Fragen der Überwachung beispielsweise sind sie „Vorreiter", richtige „Streber" die sogar über das EU-Ziel hinausschießen. Millionen von Steuergeldern werden aber nicht nur für Überwachung eingesetzt, sondern sollen in einem der kommenden Projekte beispielsweise dazu verschleudert werden die Straßen panzertauglich umzubauen! Das nennen sie „bürgernah und krisenfest"!
Dass die Herrschenden Österreichs (egal welcher Fraktion) derzeit keinen prinzipiellen Widerspruch zur EU-Politik sehen, bringen sie selbst oft genug zum Ausdruck, nicht zuletzt durch ihre „eigene" repressive und arbeiterfeindliche Politik, die aktuell durch die aggressivsten Vertreter des Kapitals mit ÖVP und FPÖ durchgesetzt wird.
Der gemeinsame Kurs der EU-Allianz heißt Ausbeutung und Unterdrückung, alles um den Profit zu vermehren, alles im Dienste des Kapitals! **Nieder mit der EU – Nieder mit dem Kapital!**

Die EU ist eine imperialistische Allianz, sie dient ausschließlich den imperialistischen Nationen Europas dazu ihren Einfluss und ihre Macht in den Kolonien zu sichern und auszudehnen. Unter dem Schlagwort „Sicherung der Außengrenzen" und dem gemeinsamen Kampf gegen „irreguläre Migration" wird die Ausbeutung der unterdrückten Länder weiter militarisiert und „krisenfest" gemacht. Die österreichischen Imperialisten haben dabei ein besonderes Interesse daran die Militarisierung am Balkan unter ihrer Führung voranzutreiben. Zusätzlich zum Militär haben sich der deutsche und der österreichische Außenminister geeinigt, auch Polizei zu stationieren, unter dem Vorwand einer neuen „Flüchtlingswelle". Die kommende Periode des EU-Ratsvorsitzes werden die österreichischen Imperialisten besonders dazu nutzen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und für sie günstige Bedingungen zu schaffen! In welche Richtung das geht, kündigte Justizminister Moser bereits an, mit seiner durch und durch chauvinistischen Ankündigung, am Gipfel die Initiative für eine "Haft in der Heimat" zu setzen. Mit dem Selbstverständnis eines Kolonialherren möchte Herr Moser Geld sparen, indem Migranten, die zwar nach österreichischem Recht verurteilt wurden, ihre Strafe im jeweiligen Herkunftsland abzusitzen haben.

Von einem internationalistischen Standpunkt aus müssen sich die Proteste gegen den Sicherheitsgipfel gegen die Vorhaben der imperialistischen EU-Staaten und besonders gegen den österreichischen Imperialismus richten! **Nieder mit der EU! Nieder mit dem Imperialismus!**

Die EU bedeutet Ausbeutung, Unterdrückung, Terror und imperialistischen Krieg, sie steht der oftmals propagierten „Friedensunion" bereits von Beginn an entgegengesetzt gegenüber. Die EU ist eine Allianz um imperialistische Interessen durchzusetzen - ein zeitweiliges Zweckbündnis!
Allen AntifaschistInnen muss klar sein, dass die EU weder durch „linke" Alternativen in den Parlamenten noch durch größtmöglichen Protest verändert werden kann zu einer EU, in der sich die verschiedenen Nationen auf Augenhöhe träfen oder ähnlichen Wunschvorstellungen.
Die EU ist gegen die ArbeiterInnen und die bereiten Volksmassen gerichtet, sie dient ausschließlich dem Imperialismus und seinen Lakaien. Wer die EU befürwortet, befürwortet Faschismus, Völkermord und imperialistischen Krieg!
Nieder mit EU-Chauvinismus, zerschlagt alle Illusionen in die EU!

Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand! Den Kapitalisten, imperialistischen Kriegstreibern und ihren Handlangern stehen nicht nur weltweit, sondern auch in Europa große Massenproteste gegenüber, die in immer kürzeren Abständen und immer kraftvoller auftreten.
Hunderttausende gingen in Bosnien und Ungarn allein in den letzten paar Monaten auf die Straße, um gegen Polizeigewalt, Repression, Korruption, Armut und Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Der Großteil der Bevölkerung der unterdrückten Länder erwartet aber zurecht keine Verbesserungen durch einen EU Beitritt und lehnt diesen entschieden ab.
Im vergangen Halbjahr gingen zudem in ganz Österreich tausende Leute, Antifaschisten und Antirassisten auf die Straße, um gegen die schwarz-blaue Regierung und deren „neuen" Kurs zu demonstrieren. Zahlreiche Demonstranten zeigten dabei auch, dass sie auf ihre eigene Kraft vertrauen und sich jetzt nicht von der „Opposition der SPÖ", einsacken lassen. Das ist gut und als ein wichtiger Ausgangspunkt für die kommenden Proteste zu nehmen!

Die Herrschenden werden alles daran setzen, keine kämpferischen Proteste aufkommen zu lassen, sie halten den Gipfel nicht zentral in Wien ab, sie werden die Busse, Züge und die Grenzen kontrollieren und mit zahlreichen Polizisten zur Stelle sein. Das zeigt aber nur, dass sie zurecht den Zorn breiter Teile der Bevölkerung auf ihre verbrecherische Politik fürchten! Es gibt keinen Grund ihrem Druck nachzugeben, sich einschüchtern zu lassen oder sich zu isolieren. Im Gegenteil ist es wichtig, stabile Bündnisse zu schaffen und punktuelle Einheit zu schaffen um die Pläne der Herrschenden zu durchkreuzen, um die Angriffe, die sie gemeinsam durch die EU starten zu stören und zurückzuschlagen!
Voran im kämpferischen Antifaschismus!

Als Redaktion der „Antifaschistischen Aktion – Infoblatt" sehen wir es als unbedingt notwendig für die antifaschistische Bewegung, die Losung „Nieder mit der EU" ernst zu nehmen und die faschistischen Be-

strebungen dieser Allianz zu behindern, zu stören und zurückzuschlagen wo es nur geht. Das ist eine wichtige Voraussetzung für das weitere Vorankommen im kämpferischen Antifaschismus, daher rufen wir dazu auf, Aktionen, Proteste und Demonstrationen gegen den EU-Sicherheitsgipfel in Innsbruck mit aller Kraft zu unterstützen!

Nieder mit der EU!
Nieder mit dem Kapital!
Wehrt euch und kämpft, gegen Überwachung, Repression und Aufrüstung!
Sofortiger Abzug aller österreichischen Militärs aus dem Ausland!
Hoch die internationale Solidarität!

Heraus gegen den Gipfel der Ausbeuter und Kriegstreiber!

BILDBERICHT - Erfolgreiche Kundgebung gegen CETA in Wien



Bis zu 50 Leute versammtelten sich am "Viktor-Adler-Markt" im Bezirk Favoriten in Wien um gegen den Beschluss des Nationalrats zu CETA zu protestieren. Eine lebendige und sehr gelungene Aktion - übrigens die einzige Aktion an diesem Tag die sich bedingungslos gegen CETA gerichtet hat, und keine "Verbesserung von CETA" zum Ziel hat!

Erfolge bei Prozesse gegen die Anatolische Föderation!

Im letzten Monat gab es bei den Prozessen gegen die Anatolische Föderation wichtige Erfolge: Zwei Anatolische Föderation Mitglieder wurden freigesprochen!
Ihr Freispruch ist ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen den antidemokratischen §278, mit dem fortschrittliche Organisationen willkürlich der Terrorunterstützung beschuldigt werden können.
Die zwei Freisprüche verhindern, dass sogenannte Präzedenzfälle geschaffen werden. Deshalb sind sie große Erfolge nicht nur für die Anatolische Föderation, sondern für jede politisch-aktive Person in Österreich und alle die es werden wollen!

Weg mit dem §278!

Kurz nach seinem Freispruch erzählte eine der Angeklagten einem AfA Korrespondenten über die Prozesse:

AfA: Wie schaut eure aktuelle Situation aus? Wie ist es dazu gekommen?
Wir wurden angeklagt nur weil wir einheitliche Kleidung und Fahnen beim Ersten Mai getragen haben, aber vor allem weil wir mit einem Transparent mit drei gefallenen Freiheitskämpfern der Türkei marschiert sind. Es wird uns vorgeworfen Aufforderung sowie Gutheißung von terroristische Aktivitäten zu betreiben.
(...)
AfA: Was hat euch außerhalb des Prozesses die meisten Probleme bereitet?
Wir hatten viele Probleme unseren Verein zu organisieren. Bei uns gibt es viele Mütter, Minderjährige und Studenten, die angeklagt wurden und auch ohne Prozess viele Sorgen und Probleme haben. Daraus treten Existenzängste hervor, die zur Distanzierung und Isolierung unserer Mitglieder geführt hat.

AfA: Was hältst du von der jetzigen Aufmerksamkeit auf die Anatolische Föderation und den §278?
Es müssen mehr Personen erreicht werden. Es ist wichtig Bewusstsein und mediale Präsenz zu schaffen. Viele Leute wissen nicht, dass diese Prozesse gerade laufen und dass auf ihre Rechte gerade getrampelt wird. Wenn der Staat es schafft diese Anklagen zu gewinnen, dann wird es nicht bei der Anatolischen Föderation bleiben, andere linke Organisationen werden folgen und ihnen werden dieselben oder ähnliche Vorwürfe gemacht werden.

AfA: Wie kann man sich deiner Meinung nach am besten solidarisieren?
Indem man darüber mit allen Leuten, die man kennt und nicht kennt redet. Am besten kann man uns aber unterstützen indem man aktiv wird und bei Solidaritätsaktionen mitmacht.

AfA: Was würdest du noch gerne unseren Lesern sagen?
Solidarität ist sehr wichtig. Diese Prozesse sind nicht nur Anliegen der Anatolischen Föderation. Der §278 geht allen was an. Es kann jeden treffen. Man soll sich in diesem Sinne nichts gefallen lassen.

Das Märchen vom „gemeinsamen Boot“ geht baden…

Wehrt euch gegen den 12 Stunden Tag und kämpft gegen das Kapital!

Die neue Arbeitsmarktreform der Regierung steht im Unterschied zu vielen Verschlechterungen für die ArbeiterInnen der letzten Jahre, ganz offen und ohne Genierer im Dienst der Kapitalisten – der Wirtschaftskammer und Industriellen Vereinigung. Daran gibt es nichts schönzureden oder „falsch“ zu verstehen!

Unter anderem kommen folgende Verschlechterungen:



Bisher war die **Höchstarbeitszeit** pro Tag auf 10 Stunden und in der Woche auf 50 Stunden begrenzt – am Papier, denn der Ausnahmefall „bei vorübergehend auftretenden besonderem Arbeitsbedarf“ schaffte auch bisher schon eine Ausnahme. Neu soll nun durchgesetzt werden, dass dies ohne jede „Hürde“ vom Kapitalisten eingefordert werden kann. Bisher musste unter anderem der Betriebsrat einer solchen Maßnahme zustimmen. Mit der neuen Reform gibt es offiziell keinerlei Hürden mehr für einen „besonderen Arbeitsbedarf“, der bis zu 12 Stunden pro Tag und 20 Überstunden pro Woche ausmachen darf.

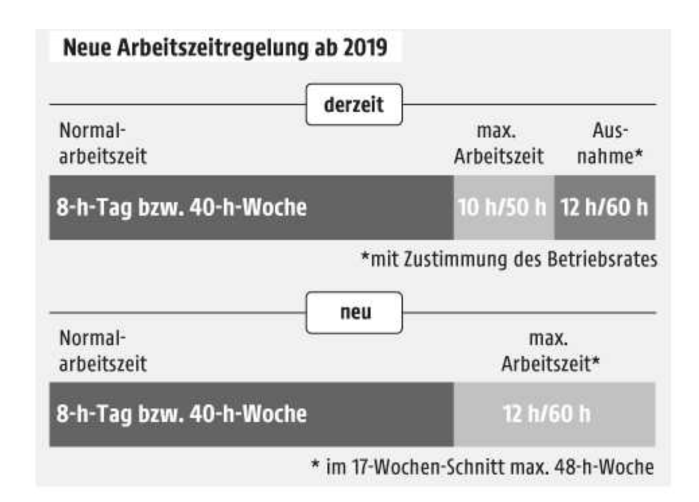
Das **Überstundenkontingent** (außerhalb der oben beschriebenen besonderen Bedürfnisse des Kapitals) wird aufgestockt: von bisher maximal fünf Überstunden pro Woche mit zusätzlich 60 Stunden pro Jahr, also insgesamt von **320 Stunden auf 416 Stunden** pro Jahr!

Die **Ruhezeiten im Tourismus**, für ArbeiterInnen „in Küche und Service“ soll von elf auf acht Stunden gekürzt werden, wenn diese Teildienste machen, mit einer Pause von mindestens drei Stunden! Das ist keine „Flexibilität“ für die ArbeiterInnen, sondern für die Kapitalisten, um die Arbeitskräfte zu Stoßzeiten bestmöglich ausbeuten zu können!

Wenn sie im gleichen Atemzug nun von **„Freiwilligkeit“** sprechen, dass ja niemand gezwungen werden könne Überstunden zu machen, klingt das vielleicht für irgendwelche weltfremden verträumten Kleinbürger ganz akzeptabel. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin weiß aber wie weit es mit dieser „Freiwilligkeit“ her ist, wenn es kaum mehr einen Kündigungsschutz gibt und zahlreiche Arbeitslose bereit stehen!

Die einzigen falschen Hoffnungen, die teilweise unter den Arbeitern verbreitet sind, sind jene auf ein bisschen mehr Lohn, wofür sie mehr Arbeit in kauf nehmen würden bzw. müssten. Wenn es auch in manchen Fällen, oder kurzfristig zu mehr Lohn führen kann, so geht die Rechnung unterm Strich aber nicht auf. Die neuen Angriffe heißen: es wird leichter für die Kapitalisten die Arbeiter mehr hackeln zu lassen, der Druck auf den einzelnen Arbeiter wächst und die Löhne gehen runter. Denn der Arbeiter braucht ja zum Überleben nicht mehr, „nur“ wenn er beispielsweise jetzt täglich 4 Stunden mehr hackelt. Das entspricht den Gesetzen des Kapitalismus!





Die Realität des Arbeiters zeigt: „Wir sitzen NICHT in einem Boot!" Mit den neuen Angriffen zeigen die Herrschenden das wieder einmal ganz deutlich. So deutlich, dass nun auch die jene Teile der Herrschenden, welche sich die Arbeitervertreter schimpfen, um ihren sicheren Platz im Rettungsboot fürchten. Gemeint ist die Führung und Bürokratie des ÖGB und der SPÖ, sowie jene Teile der Arbeiterklasse welche als Beamte oder Arbeiter eine privilegierte Stellung haben, durch das Kapital bestochen wurden. Sie bilden jene Schicht innerhalb der Arbeiterklasse, welche von der Sozialpartnerschaft profitieren. Sie sind jene, die zwar nun laut schreien, von denen sich aber nichts zu erwarten ist, außer, dass sie versuchen werden ihren eigenen Arsch zu retten. Sie sind schon viel zu viel mit dem Kapital verwachsen, als dass ihr Interesse beispielsweise einem 12 Stunden Tag prinzipiell widersprechen würde (wie es ja auch der "Plan A" der SPÖ schon vorsieht). Nun geben sie sich sehr kämpferisch, da sie Gefahr laufen durch eine andere Fraktion der Herrschenden aus dem „gemeinsamen Boot" gedrängt zu werden.

Es ist komplett falsch und naiv, heute zu glauben man müsse den „ÖGB wachrütteln", denn dieser verfolgt bereits seit Jahrzehnten wach und munter seine eigenen Interessen, und sehen wir uns seinen Einfluss und seine Immobilien an, so müssen wir eingestehen, nicht immer erfolglos.

Viel mehr müssen die ArbeiterInnen in ihre eigene Kraft vertrauen! Es ist gut und gerechtfertigt heute gegen die Schweinereien und Angriffe der Herrschenden, insbesondere der neuen Regierung auf die Straße zu gehen! Lasst euch nicht verarschen durch die Handlanger der Kapitalisten, sondern lernt auf eure eigene Art zu kämpfen!

ArbeiterInnen: Wehrts eich und kämpfts!

Den 12 Stunden Tag zurückschlagen!

100 Jahre Kommunistische Partei Österreichs

Im folgenden dokumentieren wir einen Auszug eines Artikels von 1928 aus der Zeitschrift „Die Arbeiterin", welcher der Frage gewidmet ist, was zehn Jahre bürgerlich-demokratische Republik brachten. Wir haben diesen Auszug ausgewählt, da er erstens ein Stück Geschichte der KPÖ beinhaltet, und wir uns im 100. Jahr der Gründung der KPÖ in jeder Ausgabe ihrer Geschichte widmen wollen. Aber auch deshalb, weil gute Vergleiche gezogen werden können – damals stellten die ArbeiterInnen die Frage, was ihnen 10 Jahre Republik brachten und stellen dabei unter anderem fest, dass der 8 Stunden Tag nur auf dem Papier existiere. Papier ist geduldig und heute, nach 100 Jahren Republik, müssen die ArbeiterInnen darum kämpfen den 12 Stunden Tag zurückzuschlagen!

(...) Und er (Anm. die Rede ist von Otto Bauer, damals führender Sozialdemokrat) gab sich alle Mühe das Schwein, das ist die kapitalistische Wirtschaft, zu mästen und ihm wieder auf die Beine zu helfen. (...) Heute nach zehn Jahren demokratische Republik sind wir so weit, dass wir nicht wissen, ob wir morgen ein Dach überm Kopf haben werden. Der Mieterschutz der durch den Fall des Anforderungsgesetzes schon durchlöchert war, wird jetzt von neuem angegriffen; der Achtstundentag steht nur auf dem Papier (...)
Aber nicht nur auf wirtschaftlichen Gebiet schreitet die Arbeiterschaft die letzten zehn Jahre von Niederlage zu Niederlage. (...) Nach zehn Jahren Demokratie kommt die Arbeiterschaft so weit, dass im einst roten Industrieviertel Wiener-Neustadt die Heimwehren aufmarschieren, dass die Arbeiterschaft keinen Streik mehr beginnen kann, bei dem nicht die Heimwehr die Streikbrechergarden schützen, wie wir bei dem Streik der Gruhner- Arbeiterinnen sehen, dass die Arbeiterschaft, groß an Zahl, stark an Organisation, immer ohnmächtiger wird. (...)
Müssen sich die Arbeiterfrauen nach zehnjähriger Enttäuschung nicht fragen: haben nicht vielleicht jene recht gehabt, die uns vor zehn Jahren sagten: „Räumt auf mit den alten Trümmern, zerbrecht den morschen Staatsapparat der Bourgeoisie vollständig, damit er nicht wieder aufleben kann, baut euch selbst eine eiserne Macht, eure eigene Staatsgewalt auf, um jeden Versuch einer Konterrevolution zu zertrümmern. Das Gewehr in die Hand des Arbeiters! Denn das ist der beste Schutz der Revolution." So haben die Linksradikalen, die sich dann zur Kommunistischen Partei zusammenschlossen, zur Arbeiterschaft gesprochen. Es waren zwar nur wenige, sie wurden auch von der großen mächtigen Sozialdemokratie verhöhnt und verspottet, aber sie haben doch in der Stunde der Gefahr den Arbeitern den Weg gewiesen.
Zehn Jahre demokratische Republik: Sieg auf Sieg der Sozialdemokratie. Stimmzettelsiege, papierene Siege! Niederlage auf Niederlage der Arbeiterschaf! (...)
Noch ist es Zeit für die österreichische Arbeiterschaf sich zu besinnen. Noch ist das Proletariat nicht ganz niedergeschlagen. Nach der bitteren Erfahrung der vergangenen zehn Jahre muss es sich von den demokratischen Illusionen befreien und den Weg gehen, den das russische Proletariat vor elf Jahren gegangen ist!
Sieg oder Niederlage sind in deine Hand gegeben, Proletariat, entscheide!"

Aus: Die Arbeiterin, Organ für die Interessen der werktätigen Frauen in Österreich. November 1928. Nr. 11. Seite 2.

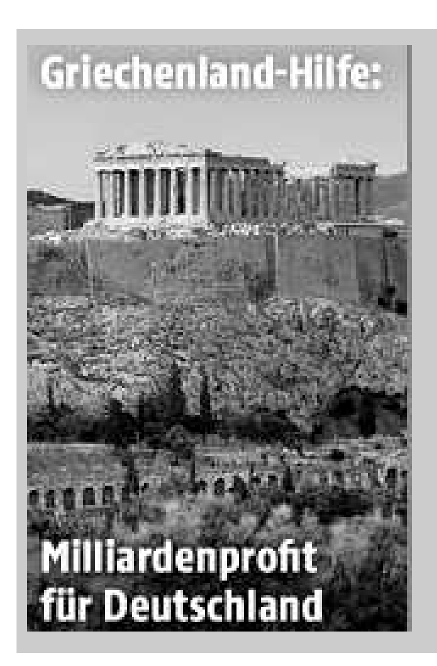
Österreichisches Militär im Einsatz in Afrika.



Obwohl sich Österreich neutral schimpft befinden sich immer wieder österreichische Soldaten im Kriegseinsatz in afrikanischen Ländern. So sind österreichische Soldaten seit einigen Jahren in Mali, einem Land das von manchen Medien als „Afrikas Afghanistan" bezeichnet wird im Einsatz. Bei den militärischen Einsätzen des österreichischen Imperialismus in Afrika hebt sich vor allem die Eliteeinheit „Jagdkommando" hervor. Österreich verfügt über ein (verglichen mit Italien, Frankreich, Deutschland,...) kleines Heer. Dafür besteht dieses aus sehr gut ausgebildeten „Eliteeinheiten", wie die Gebirgsjäger und das Jagdkommando.
Das Jagdkommando war vor einigen Jahren bereits im Tschad, einem nordafrikanisches Land in der „Sahelzone"(Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad) im Einsatz, welches als besonders gefährlich eingestuft wird.
2018 ist eine Einheit des Jagdkommandos in Burkina Faso stationiert, worüber von den Propagandaorganen der Herrschenden, unter anderem der Kronen-Zeitung, als großer Erfolg berichtet wurde. In diesem Einsatz ging es darum die Armeesoldaten des Landes so weit auszubilden, dass sie geeignetes Kanonenfutter für den „Krieg gegen den Terror" werden, aber auch nicht mehr als notwendig, damit sie einem später nicht selber gefährlich werden können. „Wir lehren sie hier im Zuge einer internationalen Übung das militärische Handwerk, wie wir es auch unseren Rekruten daheim vermitteln würden. Nur unser Top-Know-how geben wir natürlich nicht weiter" (Oberstleutnant Z.).
Österreich verfolgt mit seinen militärischen Einsätzen in Afrika das Ziel an den Kolonien „mitzunaschen". Anders als der französische Imperialismus, der fast gesamt Nordafrika alleine kontrolliert, kann Österreich nur im Schatten und im Bündnis mit diesen Imperialisten in der Region eine Rolle spielen, weshalb die österreischische Politik ein besonderes Interesse an einer gemeinsamen EU-Armee hat und auch ihre Beteiligung in der NATO ausweiten will. Doch das ist nur eine Seite, gleichzeitig gibt es verstärkt Rebellionen und Aufstände in dieser Region, die den Imperialisten klar zeigen, dass sie nicht einfach so wüten können wie sie wollen, die es zu einer Notwendigkeit machen aufzurüsten, um weiterhin an der Macht zu bleiben. In den letzten fünf Jahren wurden 102 UNO-Soldaten in der Sahelzone getötet. In jedem dieser Länder gibt es zahlreiche Milizen die auch Besatzungssoldaten bekämpfen und 2014 gab es in Burkina Faso monatelange Volkskämpfe zu deren Höhepunkt der damals eingesetzte Machthaber ins Ausland floh und das Volk einen Militärputsch niederschlug, der das Land für die Imperialisten stabilisieren sollte.

Tod dem Imperialismus!
Sofortiger Abzug aller österreichischen Militärs aus dem Ausland!
Österreich raus aus Afrika!

Leo, W.



"Deutschland ist ein großer Profiteur der Milliardenhilfen zur Rettung Griechenlands und hat seit dem Jahr 2010 insgesamt rund 2,9 Milliarden Euro an Zinsen verdient." (orf.at)

So sieht imperialistische "Hilfe" aus! Nieder mit dem Imperialismus!

SPORT

Politik und Fußball kann man nicht trennen!

Die Nationalmannschaft von Argentinien sagte geschlossen das Testspiel gegen Israel ab, was einen klaren politischen Hintergehung hat. Das Spiel sollte ursprünglich in Haifa ausgetragen werden, doch die israelische Sportministerin Miri Regev entschied sich anlässlich des 70. Jahrestages des Bestehens Israels das Spiel in Jerusalem austragen zu lassen. Das stieß auf große Ablehnung. Der palästinensische Verbandspräsident Djibril Rajoub schrieb an die argentinische Mannschaft, dass diese Stadionanlage auf dem Boden mehrerer palästinensischer Dörfer liegt, welche Israel vor 70 Jahren zerstört hat, sowie auch das letzte Massaker des zionistischen Staates gegen die palästinensischen Volksmassen am Gazastreifen, wo mehr als 100 PalästinenserInnen getötet wurden dort passierte. Die argentinische Nationalmannschaft entschied sich für die Absage des Spiels. Gonzalo Higuain, der Stürmer von Juventus Turin, sagte: „Unsere Entscheidung war endgültig, als Messi uns fragte, wie wir mit ruhigem Kopf spielen könnten, wo so viele Palästinenser leiden" und „Wir haben gespürt, dass es nicht richtig gewesen wäre".

Schon öfters hat die argentinische National Elf ein Spiel boykottiert oder gar politische Forderungen gestellt. Bei der letzten WM in Brasilien marschierten die Fußballer mit einem Transparent ein, auf dem stand, dass die Malvinas zu Argentinien gehören.

Simon K.

Ein Grunzerl aus dem Graberl… Drahdiwaberl!



„Wir wollten von Anfang an die extremste und obszönste Band Österreichs sein. Ich glaube, das haben wir geschafft“ - **Stefan Weber**, Gründer von Drahdiwaberl.

Am 8. Juni verstarb Stefan Weber, der Spiritus Rector und Kapellmeister der von ihm gegründeten Band Drahdiwaberl. 1946 geboren, gründete Weber schon ab Mitte der 1960er Jahre diverse Bands mit denen er erste Erfahrungen als Musiker und Künstler sammelte, die erste stabile Formation des „revolutionären Kapellmeisters“ sollte die 1966 gegründete „Wabb's Crew“ werden, später umbenannt in „Wabb's gun“. Das Jahr 1968 brachte selbstredend viele internationale Eindrücke mit sich, für Stefan Weber brachte es aber auch noch eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Wiener Aktionismus. Er selbst beschrieb seine diesbezüglichen Eindrücke im Aufbruchjahr 1968 folgendermaßen: *„Ich wusste sofort, so etwas will ich auch machen, nur mit Musik“*, im Jahr darauf gründete er Drahdiwaberl, mit denen er folglich ebenso wie die Wiener Aktionisten den „Körper als Material“ (G. Brus) einsetzte. Tatsächlich war Drahdiwaberl zuerst lange Zeit vor allem „aktionistisch“ im engsten Wortsinn ausgerichtet. Live und in Aktion war die Regel, eine erste Platte gab es erst viel später 1981. Die trug dafür gleich den programmatischen Titel „Psychoterror“. Bei solcherlei Plattentiteln schöpfte Stefan Weber aus der Praxis, denn sie waren Anspielungen auf Zeitungsschlagzeilen, die nach Konzerten der Band immer öfter durch den bürgerlichen Blätterwald jaulten: „Psychoterror in Österreich“ (Presse), oder „Massenschlägerei vor ‚Haus der Begegnung'“ (Kurier).

Dass Falco und Jazz Gitti ihre Karrieren bei Drahdiwaberl starteten, ist hinlänglich bekannt und unzählige Male in den diversen Nachrufen auf Stefan Weber durchgekaut. Es wäre aber falsch die Drahdiwaberl als eine Art „Kaderschmiede“ der heimischen Rock- und Protestmusik zu sehen, viel mehr waren sie (neben der HC) ein gewisses Epizentrum für (beinahe) alles, was aus- und aufbrechen wollte, was Widerstand musikalisch artikulieren wollte. Denn nicht nur die beiden Genannten entsprangen den Drahdiwaberl, sondern auch Ausnahmekünstler wie Thomas Rabitsch, der wiederum schon zuvor mit dem noch jungen Hansi Lang Musik machte, erhielten bei Drahdiwaberl eine weitere Schulung. 1985 spielte Stefan Weber eine Single gemeinsam mit Hansi Dujmic ein, der 1988 an einer Überdosis Heroin versterben sollte. Der Titel: „Na, so geht's ned“. Stefan Weber inspirierte, lehrte und lernte von Musikern wie Helmut Bibl, Dana Gillespie und Peter Viewanger. Sein Einfluss geht weit über die Drahdiwaberl hinaus und alle Künstler aufzuzählen, die unter seinem Einfluss arbeiteten, wäre eine überaus verworrene Geschichte und würde tatsächlich den Rahmen dieser Zeitung sprengen. Seine tatsächliche Bedeutung für die österreichische Musik sollte sich aber ob dieses Umstands zumindest erahnen lassen.

Schon beim ersten offiziellen Auftritt der Drahdiwaberl 1972, also erst drei Jahre nach ihrer Gründung, spielte ein ganzes, gebratenes Schwein auf der Bühne eine gewisse Rolle. Der Aktionismus der Truppe ging immer bis zum Äußersten, das wurde nur noch gesteigert seit sie Ende der 70er Jahre erstmals mit über 30 Leuten auftraten. Es wurde gebudert, geworfen, gesägt, onaniert, geschlagen, Dinge in Brand gesetzt und vieles andere mehr. Als Konsequenz setzte es nicht nur ein Auftrittsverbot in der Wiener Stadthalle, sondern auch im US-Bundesstaat New York, selbst das Video des Konzerts das zu diesem Verbot führte, wurde in Deutschland verboten. Stefan Weber, der aus einem kommunistischen Elternhaus stammte und sich selbst immer als Kommunist begriff, war mit seiner Musik aber nicht nur provokativ, sondern fortwährend auch bewusst politisch. Mit Liedern wie „Supersheriff“, „Terrorprofi aus der BRD“ oder „Psychiatrie Blues“ (gemeinsam mit General Gugelhupf) schufen die Drahdiwaberl unter dem strengen Regiment Stefan Webers Hymnen des politischen Protests die auch Generationen von Aktivisten (mit-)politisierten. Da ist es nur schlüssig, dass Stefan Weber und sein Lebensprojekt, mit dem er seit Anfang der 1990er Jahre „letzte“ Konzerte spielte, auch eine wichtige Rolle in der Bewegung gegen die erste schwarzblaue Regierung in Österreich spielten.



Dass Stefan auch heute gegen die Spießer, das Patriarchat, die Regierung und das Kapital antreten kann, daran hinderte ihn der Parkinson, eine heimtückische Krankheit, die ihn schon vor einigen Jahren von der Bühne zwang. Doch gerade heute hätten wir ihn dringend gebraucht, wo eine „linke“ Bobo-Kulturschickeria soweit von harter politischer Protestkultur entfernt ist, wie Stefan Weber es vom Konservativismus war. Was uns bleibt, sind zwei Generationen von Musikern, die durch den Kapellmeister der Drahdiwaberl mehr oder weniger beeinflusst waren und ein gigantisches Erbe aus rund 50jährigem Schaffen, das ein Gebirge darstellt, an dem niemand der in diesem Land in Zukunft bewusste politische Kunst machen will, vorbeigehen kann. Die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, wird Stefan Weber also weit über seinen Tod hinaus gelingen. Diese Tatsache hätte ihn bestimmt gefreut, und gefeiert hätte er sie mit einem ganz, ganz schlimmen Mulatschag.

Zwei Linien im aktuellen feministischen Kampf

Eine revolutionäre Studentenorganisation aus Chile veröffentlichte eine wichtige Deklaration, die den wachsenden massiven Frauenprotesten im ganzen Land zu neuen Entwicklungen verhelfen soll. Darin wird die Vereinigung von Studentinnen und Arbeiterinnen hervorgehoben, zum Aufbau eigenständiger Organisationen und zur Entwicklung kämpferischer Methoden aufgerufen, die abscheulichen Taktiken des alten Staats bloßgestellt und das Vertrauen in die eigene Kraft im Kampf der Befreiung der Frauen betont. Somit gibt die Deklaration eine dringend benötigte Perspektive und Orientierung, die der Bewegung ermöglichen wird dem Patriarchat gezielt immer schwerere Schläge zu versetzen. Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus jener Deklaration:*

Klassenbewusstsein und Kampfkraft:

Zwei Linien im aktuellen feministischen Kampf

Vom Redaktionskomitee der Zeitung El Pueblo (Ausgabe Nr. 70, Juni 2018)



Mehr als dreißig Lehreinrichtungen (Gymnasien und Universitäten) sind bei Redaktionsschluss besetzt oder in Stillstand.
Die Mobilisierung wurde von organisierten Frauen mit hoher Kampfbereitschaft geführt.
Die studentische Frauenbewegung ist ohne Zweifel Spiegel der Entwicklung des Klassenkampfes,
da auf nationaler und internationaler Ebene die Massen sich
gegen Ungerechtigkeit erheben und wissen, dass sie nur im Kampf Rechte erobern. Tausende von Studentinnen fühlen sich berufen sich gegen das Patriarchat zu stellen. Sie mussten Furcht, dem Vorwurf von einigen Teilen und Kritik von hunderten heuchlerischen Konservativen begegnen, die auf Nacktheit und nicht auf deren gerechten Forderungen zentrieren.

Durch ihre Erklärungen, Transparente und Weisungen in Märschen und Mobilisierungen sehen wir, dass das Verständnis der Beziehung zwischen Patriarchat und einer sich zersetzenden Ökonomie, die sich Monopolen unterwirft, vorangeht. Wir fühlen uns in der Pflicht auf den Ursprung der Unterdrückung der Frau zu zielen, indem wir erklären, wie die Entstehung des Privateigentums der Produktionsmittel die historischen Bedingungen verursacht hat, um die proletarische Frau an zweite Stelle zu verweisen, untergeordnet und doppelt unterdrückt. Darum muss die revolutionäre Wut der Frau Teil der großen Strömung der Wut des Volkes sein, die sich entwickelt, um die Klassengesellschaft zu stürzen. Die feministische Bewegung, wie jede Massenbewegung, hat einen linken Flügel und einen rechten Flügel:
Auf der linken Seite finden wir alle Genossinnen, die danach streben, sich von einer Klassenlinie im Dienst des Volkes leiten zu lassen, die erschüttert sind von der Situation der Frauen, die stärker vom Patriarchat unterdrückt sind und einen Weg suchen, der sie in den Kampf einschließt, weil sie wissen, dass nicht alle Frauen im gleichen Schützengraben kämpfen können. Bei den Feinden ist Bachelet zu nennen, die ihre Hände mit dem Blut von Proletariern, Mapuche, Kindern und Frauen des Volkes beschmutzt. Ebenso grenzt sich dieser Sektor von der Regierung und dem alten Staat ab und treibt militante Aktionen an, um ihre Forderungen zu erreichen. Auf dem rechten Seite der Bewegung ist der Opportunismus, der versucht den Kampf auf den bürokratischen, pazifistischen, legalen und klassenversöhnlichen Weg umzuleiten, der das System indem sich das Patriarchat entwickelt unberührt lässt. Statt den Kampf voran zu treiben, wollen sie alle Energien darauf verwenden, Protokolle gegen Missbräuche zu schaffen, die ohne Organisation und Mobilisierung am Ende nicht angewendet werden.
Einige Lehren, die der feministischen Kampf hinterlässt
Die monopolistischen Medien scheinen Sympathie zu zeigen bei der Berichterstattung über den feministischen Marsch, aber am 16. Mai bei dem massiven Marsch, haben sie versucht die kämpfenden Genossinnen von dem Rest der Demonstration zu isolieren. Zum Beispiel hat eine Reporterin gesagt, dass es „Gruppen gibt, die diese Demonstration beschmutzen wollen“. Was bedeutet es für sie die Demonstration zu beschmutzen? Dass es nicht nach Maß der Verwaltung gemacht wird, dass es zu militanten Aktionen ausufert und dass die Genossinnen von den spezifischen Forderungen aus jeder Bildungseinrichtung zu revolutionären politischen Forderungen gegen den alten Staat übergehen.
In Synthese, alles was für die monopolistische Presse bedeutet, den Marsch zu „beschmutzen“, bringt ihn in Wirklichkeit voran. Sie würden sich wünschen, dass sich diese Mobilisierung auf die Forderung nach Normen, die im Parlament beantwortet werden, begrenzt. Wenn die Stimme der aufständischen Frauen gehört wurde, dann weil sie auf die Straße gegangen sind und sie den Weg für die Entwicklung des Volksprotests verfolgen.
(...)
Eine feministische Bewegung unter der Klassenlinie zu konstruieren und mit dem revolutionären Kampf des Volkes zu verbinden ist unvermeidbar, weil die Besetzungswelle sich erhebt, um uns daran zu erinnern, dass ohne Frauen keine Revolution möglich ist.

Der gesamte Text ist zu lesen auf: www.demvolkedienen.org!

** es handelt sich dabei um eine inoffizielle Übersetzung eines Artikel der Zeitung "El Pueblo" aus Chile, der revolutionären Nachrichtenseite "DemVolkedienen.org".*

TÜRKEI

Ibrahim Kaypakkaya, der bisher bedeutenste Kommunist der Türkei

Dieses Jahr, am 18.Mai jährte sich der Todestag des türkischen Kommunisten Ibrahim Kaypakkaya zum 45. mal.

Kaypakkaya wurde 1949 in Corum geboren. Er verbrachte seine Kindheit und Jugend in einem ärmlichen, bäuerlichen Dorf in der Türkei, dort lernte er das Leben der einfachen Bauern kennen. Er sollte seine Wurzeln sein ganzes Leben nicht verraten, ganz im Gegenteil diese brachten ihm in seiner politischen Arbeit viele Vorteile. Die Menschen wussten, Kaypakkaya war einer von ihnen. Schon als Jugendlicher ging er in die nächst gelegenen Orte, schaute sich an wie die Menschen dort lebten, lernte von ihnen und führte das selbe Leben wie sie.

Kaypakkaya ging nach Istanbul an die Universität. Er begann sich mit dem Marxismus-Leninismus-Maoismus (damals noch Mao Zedong Ideen) auseinanderzusetzen und zu studieren. Kaypakkaya gründete in seiner Universitätszeit revolutionäre Gruppen, schon damals erkannte er, dass die revolutionäre Partei das wichtigste ist, um in der Revolution voranzukommen. Doch Ibo (so wurde er von seinen Genossen genannt) blieb nicht dabei stehen an der Universität aktiv zu sein. Nach einiger Zeit begann er in der Türkei und in Kurdistan herumzureisen, in dieser Zeit entstanden viele seiner Analysen über die Türkei.

Ibo verstand es sehr gut die internationale Ideologie des Proletariats auf die konkreten Bedingungen in der Türkei anzuwenden. Er zeigte Vorbildhaft, was es heißt, Lehrer und Schüler, der Massen zu sein. Vor allem zeichnete sich Kaypakkaya dadurch aus, dass er entschieden den Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus führte, mit all seinen Konsequenzen. Aus eben jenen Kämpfen gegen die damaligen Revisionisten formte Kaypakkaya die Kommunistische Partei der Türkei / Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) und brach mit der Weltanschauung und der Politik des „alten" Revisionismus indem er, befeuert und geprägt durch die großen revolutionären Umwälzungen in China, das „Neue", die damalige internationale Ideologie für die Revolution in der Türkei anwendete. Unter seiner Führung schmiedete sich die Partei und leitete den Volkskrieg ein. An diesem nahm Kaypakkaya an vorderster Front teil.

Nach einigen Monaten des Kampfes wurde Kaypakkaya festgenommen. Er wurde in ein berüchtigtes Folter Gefängnis gesteckt. Doch Ibo konnte nicht gebrochen werden, trotz Monate langer Folter brachten die Reaktion kein Wort aus ihm heraus. Ibo war auch in dieser Situation ein leuchtendes Beispiel, er verlor seinen revolutionären Optimismus nie.

Nach monatelanger Folter gab Ibo`s Körper nach. Am 18. Mai 1973 starb ein wichtiger Kommunist. Kaypakkaya, sein Werk und sein Weg für die Revolution in der Türkei lebt aber in den Kämpfen heute weiter. Kaypakkayas Partei, die TKP/ML gibt es bis heute, sie setzt den Weg Kaypakkayas fort.



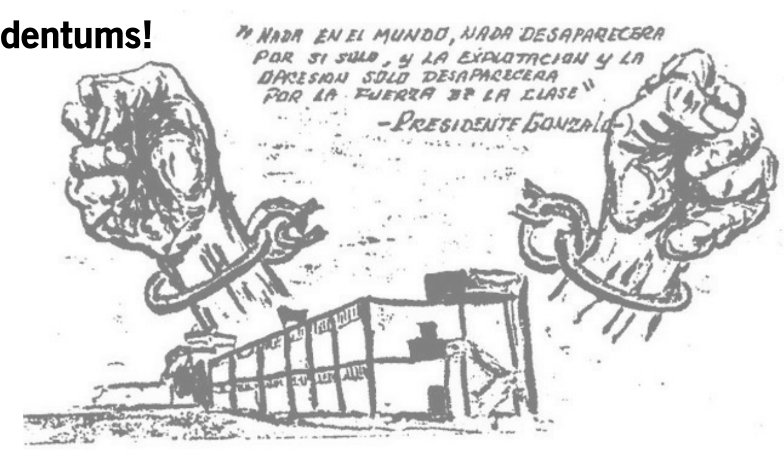
In der Schweiz und in Österreich wurden im Mai große Feierlichkeiten abgehalten im Gedenken an Ibrahim Kaypakkaya.

PERU

19. Juni: 32. Jahrestag des Tag des Heldentums!

Am 19. Juni 1986 kämpften die KommunistInnen und die Massen der Kommunistischen Partei Perus heldenhaft gegen die blutigen Angriffe der Reaktion. Sie verteidigten die Revolution mit allem was sie hatten - sehr viele von ihnen mit ihrem Leben!

Auf der Nachrichtenseite "New Epoch Media" wurde zu diesem Tag ein Dokument der "Volksbewegung Peru (Reorganisierungs Komitee) veröffentlich: newepoch.media




NIEDER MIT
DER EU!
Heraus gegen den Gipfel
der Ausbeuter und
Kriegstreiber!